

*Neue Debatte um die alte Mitte***DER TAGESSPIEGEL****X) 20. August 2014: Ralf Schönball: Interview mit Stefan Evers*: *Darüber entscheidet nicht die SPD*** CDU-Fraktion hält an Umbau der Mitte fest (Seite 3)**Y) 19. August 2014, Ralf Schönball: *Im Zentrum hat man Zeit***

Über die Zukunft von Berlins historischer Mitte wird gestritten wie nie – doch eigentlich ist das vergebens, Senat und Bezirk schaffen Fakten: Bis 2030 darf im Rathausforum fast nichts angetastet werden. (Seite 2)

Z) 11. August 2014, Sandra Dassler: *Berlin und die historische Mitte* SPD-Chef Jan Stöß: „Mit Architektur der DDR sensibel umgehen“ (Seite 1)**X) *Darüber entscheidet nicht die SPD*** CDU-Fraktion hält an Umbau der Mitte fest**312 Seite 3***Am Rathausforum investiert Mitte zehn Millionen Euro vom Bund. Nun gilt dort ein Umgestaltungsverbot bis 2030. Wozu noch eine öffentliche Debatte?*

Wir haben lange darüber diskutiert, ob die Maßnahmen im Umfeld der Marienkirche mit Blick auf das anstehende Dialogverfahren verschoben werden sollten. Das war leider nicht möglich. Darum haben wir großen Wert darauf gelegt, dass keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden. Entscheidend ist, was nun in einem umfangreichen Bürgerbeteiligungsverfahren für die Zukunft der historischen Mitte diskutiert und politisch entschieden wird. Dieses aufwendige und kostenintensive Verfahren darf und wird keineswegs nur heiße Luft hervorbringen. Wir alle haben aus den Fehlern bei den Planungen für das Tempelhofer Feld gelernt. Der Dialog zur historischen Mitte muss ein mustergültiges Beispiel für ernsthafte Einbeziehung von Bürgern werden. Gerade deshalb stehen wir als CDU-Fraktion dafür ein, dass die Ergebnisse auch umgesetzt werden.

Am Alexanderplatz haben Reparaturen an Provisorien die Realisierung des Masterplans verhindert. Wer soll die Macht des Faktischen am Rathausforum brechen?

Man kann die beiden Fälle in ihrer städtebaulichen und kostenmäßigen Dimension nicht vergleichen. Senatsbaudirektorin Regula Lüscher hat außerdem im Gespräch mehrfach betont, dass die aktuell anstehenden Maßnahmen einer politischen Entscheidung über eine Umgestaltung des Areals nicht entgegenstehen. Dabei bleibt es, darauf poche ich beim Senat. Die Frage der zukünftigen Gestaltung der historischen Mitte wird in dieser Legislaturperiode gemeinsam mit den Berlinerinnen und Berlinern geklärt.

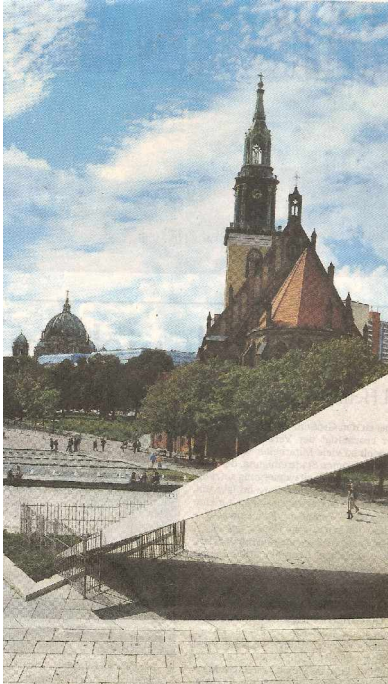
Aber die Zeit läuft Ihnen davon. Die SPD ist in der Frage gespalten. Stadtentwicklungssenator Müller befördert das Projekt nicht. Da hilft auch das Wohlwollen von SPD-Chef Stöß wenig.

Zur Abwechslung wird diese Frage nicht in der SPD oder vom Senator entschieden. Wir haben ein breites Beteiligungsverfahren durchgesetzt. Auf dessen Basis wird ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt. Die Umsetzung von Bürgerwillen und Wettbewerb ist die Aufgabe des nachfolgenden Senats ab 2016. - Ob es dann auf die Konflikte innerhalb der SPD noch ankommt, wird man sehen.

Stefan Evers ist stellvertretender Fraktionschef der CDU und Sprecher für Stadtentwicklung im Berliner Abgeordnetenhaus.(Übertragen aus dem Tagespiegel vom 20. August 2014 von Wolfgang Schoele am 20. August 2014)**bitte weiter blättern***Y) *Im Zentrum hat man Zeit*****Z) *SPD-Chef Jan Stöß: „Mit Architektur der DDR sensibel umgehen“***



Y) Im Zentrum hat man Zeit



Am Brunnen vor dem Turme. Rund um den Fernsehturm gibt es noch viel Platz für Ideen. Doch auf viele Jahre bleiben der Politik kaum Möglichkeiten, das Areal an den Rathauspassagen umzugestalten.

Foto: Doris Spiekermann-Klaas

Große Teile des historischen Zentrums Berlins dürfen mehr als eineinhalb Jahrzehnte gar nicht angetastet werden. Das "Umgestaltungsverbot" betrifft nach Tagesspiegel-Recherche das Umfeld des Fernsehturmes und auch der Marienkirche und gilt bis über das Jahr 2030 hinaus. Die teilweise heftig geführte Kontroverse darüber, ob die städtebauliche Brache gegenüber vom Roten Rathaus nach historischem Vorbild bebaut werden soll oder weitgehend in ihrem gegenwärtigen Erscheinungsbild erhalten bleibt, ist bis auf Weiteres entschieden.

Senat und Bezirk Mitte haben Fakten geschaffen: Weil die Haushaltskassen leer sind, setzen sie bei den Arbeiten zur Aufhübschung des Umfeldes von Fernsehturm und Marienkirche Fördermittel des Bundes ein.

Die Stiftung Zukunft des früheren Stadtentwicklungssenators Volker Hassemer sowie der stellvertretende CDU-Fraktionschef Stefan Evers fordern noch in dieser Legislaturperiode einen Ideenwettbewerb zum Stadtkern.

Doch das alles werden wohl nur Planspiele ohne Realitätsbezug bleiben, falls der Bezirk seine Verträge mit dem Bund nicht brechen will. Die für Förderanträge zuständige Senatsverwaltung für Wirtschaft sagte auf Anfrage, die beiden "Infrastrukturprojekte" seien jeweils "zu 90 Prozent" mit Bundesmitteln finanziert und damit gehe ein "Umgestaltungsverbot" einher, das 15 Jahre gilt. Demnach darf das Gebiet am Fernsehturm, in das gut 5,6 Millionen Euro vom Bund fließen, bis zum Jahr 2030 nicht angetastet werden. Und für das Umfeld der Marienkirche, wo die Arbeiten in diesem Jahr erst richtig anlaufen, läuft "die Bindungsfrist der GRW-Mittel bis 2032". Dafür fließen gut 4,2 Millionen Euro.

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung wollte sich nicht dazu äußern: Die Zuständigkeit liege beim Bezirk Mitte.

Die Zuständigkeit liege beim Bezirk Mitte. Ihrer eigenen Website zufolge hatte die Verwaltung von Michael Müller (SPD) die Eingriffe im Umfeld der Marienkirche "im Jahr 2012 beschlossen" sowie im Umfeld des Fernsehturms mit zwei städtebaulichen Verfahren eingeleitet. Mittes Baustadtrat Carsten Spallek (CDU) spricht von einer "breit angelegten Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung sowie für Wirtschaft". Dass die Arbeiten eine Neuordnung des Rathausforums als Mittelpunkt des historischen Zentrums in weite Ferne rücken, sieht er gelassen: "Die Debatte um die historische Mitte wird nicht in dieser Legislaturperiode abgeschlossen - und mit ziemlicher Sicherheit auch nicht in der nächsten."

(Übertragen aus dem Tagesspiegel vom 19. August 2014 von Wolfgang Schoele am 20. August 2014)

Dieser überweist dem Land rund zehn Millionen Euro, damit neue Bodenplatten gelegt, Sträucher abgeholzt, Sitzbänke gebaut, Hochbeete angelegt und historische Straßengrundrisse durch im Boden eingelassene Metallbänder sichtbar werden. Der "Förderung von Tourismus" und "regionaler Infrastruktur" soll das dienen.

Und dem Senat hilft es nebenbei dabei, die Entscheidung über die Zukunft des historischen Zentrums noch einmal zu verschieben.

Das könnte durchaus im Sinne von Senatsbaudirektorin Regula Lüscher sein, die eine grundlegende Umgestaltung des Areals nicht als vorrangige Aufgabe ansieht und erst nach Druck der Öffentlichkeit ein "Kuratorium" hierzu gebildet hat.

In die Debatte ums historische Zentrum hatte sich zuletzt der Chef der Stiftung Berliner Schloss Humboldtforum Manfred Rettig eingeschaltet, der in einem Gastbeitrag für den Tagesspiegel forderte, den zu DDR-Zeiten aufs Rathausforum umgesetzten "Schlossbrunnen" zurück an seinen Platz vor das Schloss zu bringen. Auch SPD-Chef Jan Stöß meldete sich daraufhin zu Wort, der seit gut einem Jahr an der Spitze einer Bewegung aus der Berliner Bürgerschaft steht zur Wiederbelebung von Berlins historischer Mitte.

bitte weiter blättern

Z) SPD-Chef Jan Stöß: „Mit Architektur der DDR sensibel umgehen



Z) SPD-Chef Jan Stöß: „Mit Architektur der DDR sensibel umgehen“



Blick nach Mitte: Um Berlins Stadtzentrum hat es schon zahllose Architekturdebatten gegeben. Jetzt schaltet sich der SPD-Chef von Berlin, Jan Stöß, noch einmal ein. - FOTO: DPA

Neue Debatte über die Alte Mitte: Berlins SPD-Chef Jan Stöß will die Bürger bei der Umgestaltung mit einbeziehen - und fordert einen offensiven Umgang mit der Geschichte der Stadt.

Berlins SPD-Vorsitzender Jan Stöß hat sich erneut zur möglichen Umgestaltung der historischen Mitte zwischen Fernsehturm und Humboldt-Forum geäußert. Bereits im vergangenen Jahr hatte er über den Tagesspiegel eine Debatte zu dem Thema angestoßen. „Die Berliner sollten sich zunächst darüber klar werden, welche Funktionen der Ort haben soll“, sagte Stöß am Sonntag. „Das ist ein Thema für die ganze Stadt und kann nicht allein durch einen internationalen Architektenwettbewerb entschieden werden“

Je schneller der Bau des Humboldt-Forums vorangehe, desto notwendiger werde es, auch für die andere Spree-Seite zukunftsfähige Gestaltungsvorschläge zu entwickeln und umzusetzen. „So viel Zeit bleibt dafür gar nicht mehr.“ Gut sei, dass es bei Senatsbaudirektorin Regula Lüscher schon ein entsprechendes Forum gebe, aber es bedürfe auch zwingend einer breiten öffentlichen Diskussion über verschiedene Aspekte der künftigen Nutzung des Areals. Jetzt sei dort nur eine Brache ohne Aufenthaltsqualität. Stöß hält es für symptomatisch, dass es für die historische Stadtmitte Berlins keinen richtigen Namen gibt. Das frühere Marx-Engels-Forum heiße jetzt offiziell Rathausforum, aber niemand wisse mit dieser Bezeichnung etwas anzufangen.

„Geraubte Mitte“ im Berliner Stadtmuseum geschehen. Der SPD-Chef sprach sich gegen vereinzelte Vorschläge aus, das DDR-Erbe auf dem Areal einfach abzureißen. „Das ist ganz klar abzulehnen. Mit den Zeugnissen der DDR muss man sensibel umgehen“, sagte er. Gleiches gelte für die Tatsache, dass es auf der betreffenden landeseigenen Fläche viele Grundstücke gebe, die einst jüdischen Eigentümern gehörten und von den Nationalsozialisten geraubt wurden. „Manche befürchten, dass es Entschädigungsansprüche geben könnte, und wollen deshalb am liebsten gar nichts machen“, sagte Stöß. „Aber das ist grundfalsch. Wir müssen uns – ganz im Gegenteil – endlich auch offensiv mit diesem Teil der Vergangenheit auseinandersetzen.“ Bislang sei dies vorbildlich in der Ausstellung

(Übertragen aus der Onlinefassung des Tagesspiegel vom 11. August 2014 von Wolfgang Schoele am 11. August 2014)